

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Bernd Schuhmann, Stephan Protschka, Peter Felser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/5329 –

CO₂-Bepreisung aussetzen – Deutschen Gartenbau retten, nationale Ernährungssouveränität sichern, regionale Wertschöpfung bewahren und Lebensmittelpreise stabil halten

A. Problem

Die Antragsteller erläutern, dass neben dem EU-Emissionshandel und der nationalen CO₂-Bepreisung der aktuelle Konflikt im Iran die Energiepreise stark ansteigen ließen. Davon besonders betroffen sei der Gartenbau, der aufgrund seiner Gewächshäuser das ganze Jahr hindurch große Mengen an Heizenergie, Kraftstoffe und Strom benötige. Viele Gartenbaubetriebe könnten nicht mehr rentabel wirtschaften und seien in ihrer Existenz gefährdet. Dies könne den Verlust einer großen Zahl an Arbeitsplätzen vor allem in strukturschwachen ländlichen Regionen zur Folge haben, zudem müsse ein noch höherer Anteil an Obst und Gemüse importiert werden, was wiederum Auswirkungen auf die deutsche Lebensmittelsouveränität habe. Durch längere Transportwege sei der CO₂-Fußabdruck höher, so dass sich das ursprüngliche Ziel einer CO₂-Bepreisung ins Gegenteil kehre.

Um Lebensmittelpreise stabil zu halten und die Zukunft des deutschen Gartenbaus zu sichern, müsse die Bundesregierung auf nationaler und EU-Ebene darauf hinwirken, dass die Energiepreise nicht weiter durch zusätzliche Abgaben und Emissionshandelszertifikate verteuert würden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/5329 abzulehnen.

Berlin, den 6. Mai 2026

Der Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat

Hermann Färber
Vorsitzender

Artur Auernhammer
Berichterstatter

Bernd Schuhmann
Berichterstatter

Dr. Franziska Kersten
Berichterstatterin

Karl Bär
Berichterstatter

Marcel Bauer
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Artur Auernhammer, Bernd Schuhmann, Dr. Franziska Kersten, Karl Bär und Marcel Bauer

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 72. Sitzung am 17. April 2024 den Antrag der Fraktion der AfD auf **Drucksache 21/5329** erstmals beraten und an den Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Verkehrsausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem vorliegenden Antrag soll festgestellt werden, dass der Gartenbau als energieintensive Branche durch EU-Emissionshandel, nationale CO₂-Bepreisung und die aktuellen geopolitischen Entwicklungen besonders benachteiligt sei. Die wirtschaftliche Existenz vieler Betriebe sei bedroht, was zum Abbau von Arbeitsplätzen führen könne. Zudem gebe es Auswirkungen auf die Preise von Obst und Gemüse, die landwirtschaftliche Vielfalt sowie die Lebensmittelsouveränität Deutschlands.

Aus diesem Grund soll die Bundesregierung dazu aufgefordert werden, die nationale CO₂-Bepreisung auszusetzen bzw. langfristig aufzuheben und sich auf Ebene der EU für eine Reform oder sogar Abschaffung des EU-Emissionshandels einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 33. Sitzung am 6. Mai 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf Drucksache 21/5329 empfohlen.

Der **Verkehrsausschuss** hat in seiner 31. Sitzung am 6. Mai 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf Drucksache 21/5329 empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat in seiner 36. Sitzung am 6. Mai 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf Drucksache 21/5329 empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat hat den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 21/5329 in seiner 24. Sitzung am 6. Mai 2026 abschließend beraten.

Die **Fraktion der AfD** betonte, durch den deutschen Alleingang der CO₂-Besteuerung sei ein Konkurrenzdruck aufgebaut worden, der vor allem den Gartenbau mit seinen energieintensiven Gewächshäusern belaste. In der Gesamtbilanz dieser Betriebe würden die Energiekosten zu einer hohen Belastung führen. Es dürfe nicht sein, dass Obst und Gemüse CO₂-intensiv per Luftfracht oder per LKW aus Spanien eingeführt würden, während regionale Produkte aus heimischer Produktion, die für die gesunde Ernährung der Bevölkerung wichtig seien, nicht kostengünstig angeboten werden könnten. Im Vergleich zu den Niederlanden hätten die Anbauflächen für Obst und Gemüse in Deutschland zugenommen. Deutsche Betriebe hätten hohe Summen für den Unter-Glas-Anbau

investiert, ihnen müsse die Chance gegeben werden, weiterhin lebensfähig zu sein. Um CO₂ einzusparen und die Regionalität zu fördern, solle die CO₂-Bepreisung sofort ausgesetzt werden.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, die Fraktionen der CDU/CSU und SPD setzten sich für gesunde Ernährung, regionale Wertschöpfung und zukunftsfähige Betriebe ein. Daher sei im Koalitionsvertrag vereinbart, den Selbstversorgungsgrad bei Obst und Gemüse zu erhöhen. Das solle mit dem „Maßnahmenpaket Zukunft Gartenbau“ erfolgen, unter anderem durch die Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz aus dem Klima- und Transformationsfonds oder dem Verbundprojekt „ZukunftsInitiative NiedrigEnergieGewächshaus“ (ZINEG). Der Zentralverband Gartenbau e. V. begrüße das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung. Außerdem sei der Umstieg auf erneuerbare Energien ein Beitrag, um die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen zu verringern. Im Koalitionsvertrag sei darüber hinaus vereinbart, die Landwirtschaft ab dem Jahr 2028 nicht in das Emissionshandelssystem der EU für Gebäude, Straßenverkehr und weitere Sektoren (ETS 2) einzubeziehen. Das behauptete stetige Absinken des Selbstversorgungsgrades entspreche nicht den Tatsachen, dieser sei im Gegenteil von 34,7 Prozent im Wirtschaftsjahr 2018/2019 auf 40,1 Prozent 2024/2025 gestiegen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, eine Stärkung des Gartenbaus durch die Aussetzung der CO₂-Besteuerung könne nur abgelehnt werden. Der Klimawandel werde seit über 200 Jahren wissenschaftlich beobachtet. Seit den 1960er-Jahren sei wissenschaftlich anerkannt, dass der Anstieg von Treibhausgasen in der Atmosphäre zur Erderhitzung und damit einhergehend zu großen Problemen führe. Die Fraktion plädiere aus diesem Grund auch dafür, den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus der EU (CBAM) nicht auszusetzen, auch wenn die Aussetzung kurzfristig zu niedrigeren Düngemittelpreisen führen könne. Der Mechanismus sei dafür gedacht, die weltweit unterschiedlichen Geschwindigkeiten im Klimaschutz auszugleichen und die deutsche Industrie zu schützen, die darin schon weiter sei.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, die Lage des deutschen Gartenbaus sei ernst. Die Belastungen durch die unbefriedigende Einkommenssituation, den Konkurrenzdruck aus dem Ausland und auch den Mindestlohn lasse sich nicht leugnen. In anderen Staaten werde mit anderen Methoden produziert. Im Grunde genommen werde nicht Obst und Gemüse importiert, sondern viel Wasser. Die größte Herausforderung sei aber der Klimawandel, das zeige aktuell das extrem trockene Wetter. Daher müsse der heimische Anbau mit anderen Maßnahmen gestärkt werden. Es bedürfe Fördermittel für den klimafreundlichen Umbau der Betriebe, Unterstützung der Forschung zu neuer Technik und Investitionen für nachhaltigeren Unter-Glas-Anbau. All diese Maßnahmen könnten aus den Einnahmen durch die CO₂-Bepreisung bezahlt werden.

Die **Fraktion Die Linke** bekräftigte, das größte Problem der deutschen Landwirtschaft sei der Klimawandel. Wer die CO₂-Besteuerung abschaffen wolle, erkenne entweder den Ernst der Situation nicht oder verschließe davor mutwillig die Augen. Die Situation des Gartenbaus werde vielmehr durch die hohe Marktmacht der Discounter verursacht, die die Preise drückten. Auch höhere Förderung der Betriebe könne hier nicht helfen. Abhilfe bei steigenden Energiepreisen solle durch die Abkehr von fossilen Energieträgern geschaffen werden. Der Antrag müsse abgelehnt werden.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 21/5329 abzulehnen.

Berlin, den 6. Mai 2026

Artur Auernhammer
Berichtersteller

Bernd Schuhmann
Berichtersteller

Dr. Franziska Kersten
Berichterstellerin

Karl Bär
Berichtersteller

Marcel Bauer
Berichtersteller

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.